

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 28. Juli 2014

69. Jahrgang/Nr. 173

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT

Leben für Leben?

Ingolf Bossenz über den Krieg in Gaza und den Propheten Mose

Als der Herr auf dem Berg Sinai zu Mose sprach, hatte er dem Anführer der Israeliten eine Menge zu sagen. Das waren nicht nur jene als Zehn Gebote bekannt gewordenen Weisungen, sondern unter anderem auch der archaische Abgeltungskatalog »Leben für Leben, Auge für Auge, Zahn für Zahn, Hand für Hand ...«. Oft als Register radikaler Rachege-lüste missinterpretiert, sollte dieses Diktum im Gegenteil Damm sein gegen die Maßlosigkeit barbarischer Blutrache.

Die Zahl der von der israelischen Armee im Gaza-Streifen getöteten Palästinenser hat am Wochenende die 1000 überschritten, mehr als sechs Mal so viele Menschen wurden in dem von Bomben verheerten Küstengebiet verletzt. Auf israelischer Seite kamen bislang 43 Soldaten und drei Zivilisten ums Leben.

Leben für Leben? Auge für Auge? Die Verhältnismäßigkeit der Exekution von Gewalt, die im 2. Buch Mose – Teil der jüdischen Thora – eingefordert wird, ist seit Hunderten, ja, Tausenden Jahren in Kriegen jedweder Art immer wieder ad absurdum geführt worden. Wer die Mittel besitzt, dem militärischen Gegner nicht nur begrenzende und damit begrenzte Schläge zuzufügen, sondern ihn und sein ziviles Umfeld möglichst vernichtend zu treffen, setzt diese Mittel in der Regel auch ein. Der neue Gaza-Krieg bestätigt das nur. Und ein Volk, eine Nation, ein Staat, die sich in Geschichte und Gegenwart ausdrücklich auf das Vermächtnis Moses berufen, zeigen damit, was für sie der berühmteste Prophet der biblischen Überlieferung ist: ein einsamer Rufer in der Wüste.

UNTEN LINKS

Weit ist es in Deutschland gekommen. FC-Bayern-Präsident Uli Hoeneß sitzt im Knast, Dauermoralistin Alice Schwarzer ist über Monate ohne Worte, und ein Ex-Spitzendirektor baumelt auf der Flucht vor einem Reporter an der Regenrinne. So sehr uns das amüsieren mag, es macht auch besorgt. Ist es nicht ein bisschen übertrieben, dass Ex-Arcandor-Chef Thomas Middelhoff nach diversen Wild-West-Manieren in der Unternehmensführung bei Karstadt jetzt wie 007 über die Dächer türmen muss, um in unser aller Erinnerung zu bleiben? Wäre nicht die sonst gängige Tippeltappeltour durch die Talkshows ungefährlicher, muskelkraftsparender und reputationsträchtiger? Middelhoff kann – Pleite hin oder her – noch eine Menge lernen, wie man aus Niederlagen Gewinne schlagen kann. Von Ex-Bundespräsident Christian Wulff zum Beispiel. Der turnt höchstens noch auf Podien und vor Kameras herum. Und kommt gar mit einem einzigen Spruch auf eine Mailbox in ein Museum. oer

Israelis mit Mut zum Frieden

Tausende forderten Ende des Gaza-Krieges / Nach Waffenruhe wieder Gefechte



Ein Wort, ein Weg – zum Frieden: Lichter formen »Vergebung« auf Hebräisch.

Foto: dpa/Gideon Markowicz

Berlin. Das Töten, Verletzen, Zerstören im Gaza-Streifen nimmt kein Ende. Immerhin: Als Kontrast zu den apokalyptischen Ansichten aus dem Todesstreifen am Mittelmeer kommen nicht nur Bilder von Antikriegsdemonstrationen aus Frankreich, Großbritannien und Deutschland, sondern auch aus Israel selbst: Rund 7000 Menschen versammelten sich dort auf dem Rabin-Platz in Tel Aviv, um Nein zu sagen zur Eskalationspolitik ihrer Regierung. Linke Parteien und Menschenrechtsorganisationen hatten dazu aufgerufen. Die Tausenden forderten eine Absage an die Wahnidee,

den israelisch-palästinensischen Konflikt militärisch lösen zu wollen.

Nach einer Feuerpause zwischen Israel und der Hamas waren die Kämpfe im Gaza-Streifen am Sonntag wieder aufgeflammt. Israeli-sche Vorstöße, die zwölfstündige humanitäre Waffenruhe vom Samstag um 24 Stunden zu verlängern, wies der militärische Flügel der Hamas ab. Militante Palästinenser schossen am Sonntag 30 Raketen auf Israel ab, wie die Armee mitteilte. Das israelische Militär antwortete mit Gegenangriffen. Zwar kündigte Hamas-Sprecher Sami Abu Suhri eine eigene

24-stündige Waffenpause ab Sonntag 13 Uhr MESZ an. Offenbar hatte der politische Flügel der Organisation das feierliche Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan im Auge – das Fest Eid al-Fitr soll an diesem Montag beginnen. Die Militanten ignorierten dies jedoch. Auch nach dem genannten Zeitpunkt flogen Geschosse nach Israel. Der israelische Premier Benjamin Netanjahu sagte dem US-Sender CNN, dass Israel weitere humanitäre Feuerpausen vorerst ablehne. »Die Hamas hat ihre eigene Waffenruhe verletzt«, fügte er hinzu. Agenturen/nd

Seiten 2, 3 und 16

EU verstärkt Sanktionsdruck auf Moskau

Russland sieht Zusammenarbeit bei Terrorbekämpfung gefährdet / Brüssel plant weiteres Paket

Wegen der Rolle Russlands im Ukraine-Konflikt hat die EU ranghohe Vertreter der Moskauer Sicherheitsbehörden auf die Sanktionsliste gesetzt.

Von Irina Wolkowa, Moskau

Das globale Terrorismus-Netzwerk werde jauchzen. Die Sanktionen, die Europa gegen hochrangige russische Geheimdienstler beschloss, würden die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Extremismus und grenzüberschreitender organisierter Kriminalität akut gefährden. Brüssel trage dafür die volle Verantwortung. So reagiert das Moskauer Außenamt und wirft der Europäischen Union Selbstkasteiung vor. Gemeint sind die Sanktionen, die Brüssel am Freitag beschloss. Damit werden Einreiseperrnen und das Einfrieren von Vermögenswerten in Europa auf weitere 15 Einzelpersonen und 18 Unternehmen in Russland

und in dem von prorussischen Separatisten kontrollierten Südosten der Ukraine ausgedehnt.

Schon am Dienstag könnte ein weiteres Paket greifen und ganze Branchen treffen. So will die EU den Handel mit Rüstungsgütern und solchen, die neben zivilem auch militärischen Nutzen haben, sowie den Export von Hochtechnologien drastisch einschränken. Vor allem für den Energiesektor. Ambitionierte Pläne für die Erschließung und Ausbeute von Lagerstätten in der russischen Arktis müssten dann vertagt, womöglich sogar ganz aufgegeben werden. Zumal russische Unternehmen sich auf dem europäischen Finanzmarkt künftig kein Geld mehr leihen können sollen.

Europa ist neben China Russlands größter Handelspartner. Brüssels Sanktionen, warnen Experten wie Ex-Zentralbankchef Sergej Alexaschenko, werden Russland daher sehr viel mehr weh tun als die der USA.

Vor allem das erklärt auch die ungewöhnlich schrillen Töne, die das sonst in der Wortwahl eher maßvolle russische Außenministerium in seiner Erklärung vom Wochenende anschlug. Mit der

»Europa hat sich definitiv an Washingtons Tropf gehängt.«

Erklärung des russischen Außenministeriums

Verschärfung der Sanktionen habe Europa sich definitiv an Washingtons Tropf gehängt, das in seiner Außenpolitik zunehmend auf unverhüllte Lügen setze, um Russland zu diskreditieren. Jüngstes Beispiel seien Äußerungen von Präsident Barack Obama Pressesprecher Josh Earnest. Er habe Moskau direkt die Schuld für den Absturz der malaysischen Boeing angelastet, sich bei der Be-

gründung jedoch statt auf Fakten auf Informationen aus sozialen Netzwerken berufen.

Fast zeitgleich hatte Milizenchef Alexander Chodakowski, den die Nachrichtenagentur Reuters mit Auslassungen zitierte, wonach die Separatisten entgegen Moskaus Darstellung doch über Buk-Raketen verfügen, mit denen die Boeing vermutlich abgeschossen wurde, gegenüber der Agentur RIA Novosti dementierte. Bei dem Interview sei es um mögliche Versionen gegangen, der Reuters-Korrespondent habe gefragt, ob man annehmen könne, dass die Rebellen auf ein Militärflugzeug geschossen, aber die Passagiermaschine getroffen hätten. Er, Chodakowski, habe geantwortet, »wenn diese (die Rebellen) Buk gehabt hätten, könnte man das annehmen«. Der Reuters-Mann habe aus dem Konditional jedoch einen Indikativ – die Wirklichkeitsform – gemacht.

Seite 7

Opposition stellt Ultimatum für Snowden-Ladung

LINKE und Grüne drohen Klage in Karlsruhe nach der Sommerpause an

Hamburg. LINKE und Grüne im NSA-Untersuchungsausschuss haben die Bundesregierung ultimativ aufgefordert, den Weg für eine Zeugenbefragung des US-Informanten Edward Snowdens in Deutschland doch noch frei zu machen. Andernfalls wolle die Opposition umgehend vor das Bundesverfassungsgericht ziehen, sagten die Obleute von Linkspartei und Grünen im Untersuchungsausschuss, Martina Renner (LINKE) und Konstantin von Notz (Grüne), dem »Spiegel« laut Vorabmeldung vom Sonntag. In einem gemeinsamen Antrag wollen sie verlangen, dass die Ausschussmehrheit spätestens in der ersten Sitzung nach der Sommerpause den Beschluss revidiert, Snowden nicht nach Deutschland zu laden.

Zugleich fordern LINKE und Grüne die Bundesregierung auf, »unverzüglich« die Voraussetzungen für Snowdens Vernehmung zu schaffen. Ihm müsse insbesondere ein »wirksamer Auslieferungsschutz« garantiert werden. Die Opposition begründet ihren Antrag damit, dass Snowdens Anwalt inzwischen eine Videobefragung des Zeugen in Moskau abgelehnt hat. Außerdem habe die Spionageaffäre mit der Enttarnung eines mutmaßlichen CIA-Spitzels beim BND und einem weiteren Verdachtsfall im Verteidigungsministerium eine neue Eskalationsstufe erreicht.

»Es gibt keinen juristischen, aber nach den beiden vermuteten Spionagefällen auch eindeutig keinen politischen Grund mehr für die Bundesregierung, den Untersuchungsausschuss zu blockieren«, so Renner zum »Spiegel«. Von Notz sagte: »Wir bauen mit diesem Antrag der Bundesregierung eine letzte Brücke zur Rechtsstaatlichkeit.« AFP/nd

Schwarz-grüne Gedankenspiele

Seehofer und Göring-Eckardt halten Koalition im Bund 2017 für möglich

Berlin. CSU-Chef Horst Seehofer und Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt haben am Wochenende schwarz-grüne Koalitionsüberlegungen für die Bundestagswahl 2017 weiter befeuert. Beide Politiker erklärten in Interviews ein solches Bündnis für möglich. Während Seehofer Schwarz-Grün in der »Welt am Sonntag« als »Frage von Personen« bezeichnete, nannte Göring-Eckardt in der »Neuen Osnabrücker Zeitung« Inhalte in der Energie-, Landwirtschafts- oder Innenpolitik als entscheidend.

In der vergangenen Woche hatte sich CDU-Generalsekretär Peter Tauber für eine Koalition mit den Grünen ausgesprochen und die Oppositionspartei aufgerufen, »ihre Scheu vor der Union« abzulegen. Die Vorteile einer schwarz-grünen Koalition mit »vernünftigen« Partnern seien in Hessen erkennbar geworden, »und das könnte sich 2017 auch im Bund zeigen«, sagte der bayerische Ministerpräsident. Seine Hoffnung ruhe auf »Pragmatikern« wie der Grünen-Fraktionschefin Göring-Eckardt, fuhr Seehofer fort. »Mit solchen Leuten kann man arbeiten.«

Göring-Eckardt sagte der »NOZ«, sie halte eine schwarz-grüne Koalition für möglich. »Eins ist jedoch schon jetzt klar: Das werden keine leichten Verhandlungen.« Ihre Partei gehe als eigenständige Kraft in den Wahlkampf 2017. »Wir schließen nichts aus, wir verabreden aber auch nichts«, so Göring-Eckardt. Zu einem möglichen Dreierbündnis mit SPD und LINKEN äußerte sich Göring-Eckardt skeptisch. Wenn sich die LINKE außenpolitisch nicht bewege, werde es Rot-Rot-Grün im Bund nicht geben. »Ich habe den Eindruck, in der LINKEN gibt es starke Kräfte, die alles dafür tun, durch Radikalopposition eine Regierungsperspektive zu verhindern«, sagte die Fraktionschefin. AFP/nd

